



### Presseschau vom 06.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends / nachts:

de.sputniknews.com: Britische UN-Botschafterin vergleicht Russland mit „Sherlock“-Bösewicht.

Die britische UN-Botschafterin Karen Pierce hat Russland mit dem Bösewicht Professor Moriarty aus den Sherlock-Holmes-Geschichten von Arthur Conan Doyle verglichen. „Würden wir russische Fachleute zu den Ermittlungen (im Fall Skripal – Anm. d. Red.) zulassen, wenn sie doch die wahrscheinlichen Täter des Verbrechens in Salisbury sind, wäre das so, wie wenn Scotland Yard Professor Moriarty einladen würde“, so Pierce gegenüber Journalisten am Donnerstag.

Damit kommentierte sie in ähnlicher Manier wie ihr russischer Kollege Wassili Nebensja dessen Aussage bei der Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates Mitte März, wonach die britische Regierung im Geiste des Inspektors Lestrade (einer bekannten Romanfigur von Arthur Conan Doyle) handle, dessen eilige Schlussfolgerungen der Detektiv Sherlock Holmes oft widerlege.

Am heutigen Donnerstag wird sich der UN-Sicherheitsrat ab 21 Uhr MEZ mit dem Giftanschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter in Großbritannien befassen. Die Sitzung hatte die russische Delegation einberufen.

Am Mittwoch hatte in Den Haag eine Sitzung des Exekutivkomitees der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) stattgefunden. Russland präsentierte zusammen mit dem Iran und China ein Projekt, das eine gemeinsame russisch-britische Ermittlung des Vorfalls in Salisbury vorsieht. Die westlichen Länder blockierten jedoch den Vorschlag.

## Vormittags:

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Vormittag

7:30 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Lüftungsschacht des Butowka-Bergwerks auf **Spartak** mit Granatwerfern und Schusswaffen eröffnet. Für 8:00 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

8:30 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Mineralnoje** eröffnet, es wurden 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, es werden großkalibrige Maschinengewehre eingesetzt, es erfolgt Scharfschützenfeuer.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Dolgoje** und **Kalinowka**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Spionageflüge an Russlands Grenzen hören nicht auf: 19 in einer Woche.

Die russischen Abwehrmittel haben nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau in der vergangenen Woche 19 ausländische Aufklärungsflugzeuge an der russischen Grenze geortet. Dies berichtet die Zeitung der russischen Streitkräfte „Krasnaja Swesda“ am Freitag. Russische Jagdflugzeuge der diensthabenden Flugabwehrkräfte seien genötigt gewesen, mehrmals aufzusteigen, um die ausländischen Aufklärungsflugzeuge abzufangen und zu begleiten.

In der Ukraine-Krise haben vor allem die USA ihre Spionageflüge in der Nähe der russischen Grenzen intensiviert.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit (Stand 06.04.18, 06:00): in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der **Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **19**.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Werchnetorezkoje, Wasiljewka, Jakowlewka, Spartak, Donezk (Losowoje, Trudowskije, Staromichajlowka), Dokutschajewsk, Sachanka, Dsershinskoje, Leninskoje**.

In Folge von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden folgende Häuser in **Sachanka** beschädigt:

Friedensstraße 35 – Verglasung beschädigt;

Friedensstraße 37 – Verglasung beschädigt;

Friedensstraße 38 – Verglasung beschädigt;

Außerdem wurde ein Traktor, der einem Einwohner von Sachanka gehört, beschädigt.

Eine Stromleitung wurde beschädigt.

Außerdem ist die Vertretung der DVR im GZKK einer Information über Beschädigungen in Jasnoje durch einen Beschuss am 31.03.2018 nachgegangen, in der Pobeda-Straße 11 wurden 9,5 Quadratmeter Dach beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 268.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR

abgesfeuerten Geschosse 610.

Seit 00:01 Uhr (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung – der „Oster“-waffenstillstand – in Kraft.

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Paseschnik zum Jahrestag der Einnahme des SBU-Gebäudes:

Liebe Freunde!

Heute ist ein bedeutendes Erinnerungsdatum für jeden Einwohner unserer Republik. Indem sie die Kontrolle über das Gebäude der Leitung des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Lugansker Oblast übernahmen, haben unsere Landsleute diesen Tag in die Geschichte des Lugansker Lands als Ausgangspunkt für die Entstehung eines neuen jungen Staates geschrieben. Damals, vor vier Jahren, hatten sie keine anderen Waffen als die Wahrheit und den Glauben an das Vaterland. Der Geist der Einheit und der Patriotismus waren für das Volk der zuverlässigste Stützpfiler in den Tagen, als die Einwohner des Donbass ihren Weg wählten.

Um zu verstehen, warum wir diese Wahl getroffen haben, reicht es zurück zu sehen. Mehr als zwei Jahrzehnte hoffte das Volk des Donbass, dass der Staat ihre Rechte verteidigen wird, aber es war gezwungen Ungerechtigkeit zu ertragen. Und der Staatsstreich des Jahres 2014, der vom neuen Kiewer Regime organisiert wurde, das Aufblühen des Neonazismus in brutaler, radikaler Form, zeigte, dass die Ukraine uns endgültig fremd geworden war. Im Frühjahr 2014 hat jeder von uns viel erkannt. Aber die Hauptsache ist – wir haben verstanden, dass wir für unsere Rechte kämpfen müssen. Der 6. April ist zum Symbol des Kampfes und einer wahren Volkseinheit geworden. In der Geschichte unseres Landes gibt es viele Beispiele solcher unbesiegbarer Geschlossenheit, deren Grundlage echter Patriotismus und beispiellose Treue zur Heimat sind. Dies ist auch heute die moralische Grundlage unserer jungen Republik.

Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik L. I. Paseschnik

de.sputniknews.com: Im Namen der USA: UN-Botschafterin verzichtet auf Freundschaft mit Russland.

Die ständige UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, hat sich bei ihrer Rede an der Duke University zu den aktuellen Beziehungen zu Russland geäußert.

In den USA habe es politische Differenzen gegeben, ob Russland „unser Freund oder nicht“ sei.

„Das ist ein falsche Frage, weil Russland nie unserer Freund sein wird“, sagte Haley.

Dies bedeute aber nicht, „dass wir mit ihnen (den Russen – Anm. d. Red.) nicht arbeiten wollen.“

„Wir arbeiten mit ihnen, wenn wir dies brauchen, und schlagen zu, wenn wir dies benötigen. Genau so muss es sein“, präzisierte sie.

Anfang Februar hatte Haley bereits erklärt, dass Russland kein Freund von den USA sei. „Es gibt viele Dinge, an denen wir weiter zusammen arbeiten können, und wir werden dies tun, wo wir es können. Aber Russland ... wird nicht unserer Freund, solange sich seine Regierung an seine aktuellen Werte hält und sich in der Weltarena wie jetzt benimmt“, sagte sie damals.

Dan-news.info: „In der Nacht haben ukrainische Einheiten das Dorf **Sachanka** beschossen, dadurch haben zwei Straßen – die Lenin-Straße und die Oktjabrskaja-Straße – keinen Strom“, teilte die Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks mit.

Informationen über Verletzte und Beschädigungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Giftaffäre: Russland entkräftet britische Darstellung vor der Uno. Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat in einer Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrats zum Fall des vergifteten russisch-britischen Ex-Doppelagenten Sergej Skripal auf Widersprüche und Unklarheiten in der britischen Darstellung verwiesen. Sergej Skripal und seine Tochter hätten offenbar sofort ein Gegengift erhalten müssen, um am Leben zu bleiben, sagte Nebensja am Donnerstag in der offenen Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

„Jene, die das Attentat auf Sergej Skripal und seine Tochter Julia verübten, haben offenbar eine äußerst giftige Substanz eingesetzt, d. h., die riskanteste und gefährlichste Methode“, sagte der Diplomat. „Dabei haben sie die Sache nicht einmal zu Ende geführt. Denn die Betroffenen sind am Leben, und Julia ist Gott sei Dank, nach allem zu urteilen, schnell auf dem Wege der Genesung.“

Der Botschafter wies auch darauf hin, dass es „in dieser trüben Sache eine Menge Fragen gibt, und je weiter, desto mehr“:

„Wenn diese superstarke Substanz in Skripals Haus versprüht wurde oder auf dessen Türgriff, und dazu neigt nach allem zu urteilen die Ermittlung, wie konnten dann Sergej und Julia noch mehrere Stunden in einem normalen Zustand sein? Und das, wo der Sergeant Nick Bailey, der ihnen zu Hilfe eilte, sofort die Besinnung verlor. Wie haben sie alle danach überleben können“, lautete Nebensja’s rhetorische Frage.

„Die einzige Erklärung hierfür ist, dass ihnen allen sofort ein Antidot gegeben worden war. Um das zu tun, musste diese Substanz, und nicht einfach eine ähnliche Substanz, nach der einhelligen Meinung der Experten irgendwo greifbar gewesen sein“, stellte der russische Diplomat fest.

Dabei verwies er darauf, dass das britische Militärlabor Porton Down sich nur wenige Kilometer vom Tatort entfernt befindet und „für seine Entwicklungen von Chemiewaffen bekannt ist“. „Zur Tätigkeit dieses Labors gebe es ebenso „viele offene Fragen.“

Wenn Großbritannien ihm zufolge „die Frechheit besitzt zu erklären, dass hinter dem Vorfall in Salisbury mit großer Wahrscheinlichkeit Russland steht, können wir ebenso mit großer Wahrscheinlichkeit vermuten, dass hinter dieser Megaprovokation die Geheimdienste mancher Länder stehen“, resümierte Nebensja.

Der frühere russisch-britische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März im britischen Salisbury bewusstlos aufgefunden worden. Von wem und unter welchen Umständen sie wirklich vergiftet wurden, ist unklar. Die britische Premierministerin Theresa May machte die russische Regierung für das mutmaßliche Attentat verantwortlich und ordnete die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten an. Aus „Solidarität“ mit London wiesen auch die USA, Deutschland und viele weitere EU-Staaten Dutzenden russischen Diplomaten die Tür.

Russland weist diesen Vorwurf von sich und fordert eine unabhängige Aufklärung. Als Reaktion wies auch Moskau westliche Diplomaten aus.

In dieser Woche gab es in der Giftaffäre eine Wende: Das mit der Untersuchung beauftragte britische Militärlabor Porton Down teilte am Dienstag mit, eine russische Herkunft des Nervengifts sei nicht nachweisbar. Der Kreml forderte daraufhin von der britischen Regierung eine Entschuldigung.

Dennoch lehnte die Europäische Union auf einer Sondersitzung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), die am Mittwoch auf den russischen Antrag hin in Den Haag stattfand, den Vorstoß Russlands und weiteren 14 Mitgliedstaaten zu völkerrechtskonformen Ermittlungen ab. Die britische Delegation bezeichnete den Vorschlag zu gemeinsamen Untersuchungen sogar als eine „perverse Ablenkungstaktik“. Schon einen Tag später berichtete die „The Times“, die britischen Geheimdienste hätten den Standort des Labors ermittelt, in dem das beim Attentat eingesetzte Nervengift erzeugt worden sein könnte.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32020/82/320208250.jpg>

Lug-info.com: „Die ukrainischen Streitkräfte haben das Territorium der LVR mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen beschossen. Um 9:00 Uhr wurde das Feuer aus Richtung Troizkoje auf das Gebiet von **Kalinowo** mit 120mm-Mörsern und Schützenpanzern eröffnet“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess bereits mitteilte, wurde heute Morgen die Aktivität eines Scharfschützen aus Richtung Awdejewka in Richtung **Mineralnoje** festgestellt. In der Folge von Scharfschützenfeuers **starb ein Soldat der Armee der DVR**, geb. 1965. Wir merken an, dass **seit Beginn des „Oster“ waffenstillstands die ukrainische Seite bereits mehr als 100-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt** hat. Neben der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen verstärken die ukrainischen Streitkräfte im Vorfeld der orthodoxen Feiertage zielgerichtet die Beschüsse, wovon die registrierten Fakten zeugen.

Wir rufen die OSZE-Mission und die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen auf, die exzessive Aggression der ukrainischen Seite im Vorfeld der Ostertage nicht ohne Aufmerksamkeit zu lassen und entsprechende Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage an der Kontaktlinie zu ergreifen.

de.sputniknews.com: Lettland: Russischsprachige Einwohner protestieren gegen Bildungsreform .

Etwa 1000 russischsprachige Einwohner Lettlands sind nach der Entscheidung des Präsidenten Raimonds Vejonis, Russisch als Unterrichtssprache in allen Schulen des Landes vom Lehrplan auszuschließen, zum „Marsch der aufgebracht Eltern“ im Zentrum von Riga gegangen.

„Wir bringen dem Präsidenten das ‚schwarze Zeichen‘, weil er einen Eid abgelegt hat, Präsident des ganzen Volkes von Lettland zu sein, und jetzt ist er mit seiner Entscheidung gegen einen Teil dieses Volkes vorgegangen“, sagte eine Teilnehmerin der Protestaktion. Anfang dieser Woche hatte der lettische Präsident Raimonds Vējonis ein Gesetz unterzeichnet, das in den Schulen für nationale Minderheiten die Verwendung der Muttersprache sehr streng einschränkt. Demgemäß soll die Vorschulbildung bilingual werden. Vom ersten bis zum sechsten Schuljahr bleibt die Möglichkeit einer zweisprachigen Ausbildung. Bis zur neunten Klasse müssen dann aber 80 Prozent der Fächer und vom

zehnten bis zum zwölften Schuljahr bereits alle in Lettisch unterrichtet werden. Die Verwendung der Muttersprache wird auf Fächer begrenzt, die mit der Identität und Kultur der nationalen Minderheit verbunden sind. Die Übergangsperiode soll von 2019 bis 2021 dauern.

Vom Gesetz ist vor allem die russischsprachige Bevölkerung betroffen. Diese Sprache sprechen in Lettland 40 Prozent der Einwohner.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/voScUOJAKes" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>  
<https://youtu.be/voScUOJAKes>

Dnr-online.ru: Im Vortragssaal der Donezker republikanischen universellen wissenschaftlichen Krupskaja-Bibliothek fand eine Besprechung der Leitung des Kulturministeriums der DVR mit Vertretern von national-kulturellen Vereinigungen der DVR statt. Wie der Pressedienst des Kulturministeriums der DVR mitteilte, waren bei dem Treffen Vertreter von etwa 20 nationalen Gemeinschaften, darunter der Kongress der Aserbaidschaner des Donbass, die ossetische Gemeinschaft, die Union der dagestanischen Völker des Donbass, das Donezker tartarische Kulturzentrum, die Gesellschaft für polnische Kultur „Polonia“, die Union der Armenier des Donbass, die bulgarische Gemeinschaft „Wosroshdenije“, die katholische Gemeinschaft von Donezk, die Kultur- und Bildungsgemeinschaft der Weißrussen „Neman“, die Donezker städtische Stambulsha-Gesellschaft der Griechen, die vietnamesische Diaspora und andere.

Auf der Tagesordnung standen Fragen der Beteiligung der national-kulturellen Vereinigungen an der Realisierung des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass sowie die Aktivität des Rats der national-kulturellen Organisationen des Donezker Lands.

„In der Republik ist das vom Oberhaupt der DVR ausgerufene humanitäre Programm zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass im vollen Gang. Die nächste große Veranstaltung, die das Kulturministerium gemeinsam mit Vertretern der national-kulturellen Gemeinschaften im Rahmen des humanitären Programms durchführen wird, ist der Feiertag der Roma-Kultur „Ame-Roma“, der für den 20. April geplant ist. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam Erfolge bei der Lösung der Aufgaben, die heute vor uns liegen, erreichen können“, sagte zu Beginn des Treffens der Kulturminister der DVR Michail Sheltjakow. Er merkte an, dass Treffen von Vertretern der national-kulturellen Gemeinschaft wie das heutige deutlich die Multinationalität unseres Gebiet und die Eintracht zwischen den Ethnien, die dort leben, demonstrieren.

„Jeder der Vertreter der Ethnien fördert die Kultur und Sprache seines Volkes und bringt sie in die gemeinsame Palette des Donbass ein. Die Kultur ist einer der mächtigsten Faktoren, der uns vereint. Die national-kulturellen Gemeinschaften, die sich heute auf dem Territorium des Donbass befinden, das sind Menschen, die alle gemeinsam eine gemeinsame Geschichte schreiben“, unterstrich Michail Sheltjakow.

Im Rahmen der Veranstaltung gab es einen Vortrag der Vorsitzenden des Rates der national-kulturellen Organisationen des Donezker Lands Irina Erdman. Unter den aktivsten Organisationen bezüglich der Durchführung von Veranstaltungen nannte Erdman die Kultur- und Bildungsvereinigung der Weißrussen „Neman“, die Gesellschaft für polnische Kultur „Polonia“, die Organisation von Roma-Frauen „Miriklja“, die Donezker Stambulsha-Gesellschaft der Griechen.

Nach den Worten der Vorsitzenden des Rates der national-kulturellen Gemeinschaften des Donezker Landes haben die national-kulturellen Vereinigungen der Republik und des Territoriums des Donezker Oblast, das zeitweilig von der Ukraine kontrolliert wird, enge Verbindungen, die aktiv gefördert werden.

„Wir haben eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame bedeutsame Daten. Wir können nicht

ohne einander existieren und diese oder jene Ereignisse „autonom“ betrachten. Insbesondere denke ich, dass das Chopin-Festival, das bei uns traditionell im Mai stattfindet, großes Interesse bei unseren Landsleuten aus anderen Städten des Donbass hervorrufen wird – aus Artjomowsk, Mariupol usw. In der Vorkriegszeit haben wie sie immer zur Beteiligung an Wettbewerben eingeladen, wir haben vor dies auch in Zukunft zu tun“, unterstrich Irina Erdman.

Ukrinform.ua: Poltorak berichtet dem US-Senator über die Reform der Armee. Der Verteidigungsminister, General der Armee der Ukraine, Stepan Poltorak, empfing gestern die Delegation des Senats der Vereinigten Staaten unter der Leitung des Ko-Vorsitzenden des ukrainischen Senat-Caucus, des Senators Rob Portman, ließ die Pressestelle des Verteidigungsministeriums berichten.

„Seit zwei Jahren arbeiten wir aktiv an der Reform. Im Zuge der Reform setzen wir uns ein sehr ernstes Ziel – Erreichung der Standards der NATO und Erwerb von Kampffähigkeiten“, hob Poltorak hervor.

Poltorak stellte fest, das markanteste Beispiel unserer fruchtbaren Arbeit sei die Annahme des Gesetzes der Ukraine „Über die nationale Sicherheit der Ukraine“ durch die Werchowna Rada der Ukraine in der ersten Lesung .

Dieses Dokument sei sehr wichtig, es befestigt alle grundsätzlichen Positionen, die im Reformprozess festgelegt sind. Dieses Gesetz gebe den Raum für eine effektivere Zusammenarbeit mit der Allianz.

„In den Jahren des Krieges haben wir der ganzen Welt bewiesen, dass die Ukrainer bereit sind, sogar ihr Leben für die Verteidigung ihres Landes hinzugeben. Die Ukraine ist ein Land, das davon überzeugt ist, dass das Problem der russischen Aggression im Osten ausschließlich auf politischem und diplomatischem Wege zu lösen ist“, sagte er.

Aber zur gleichen Zeit unterstrich der ukrainische Verteidigungsminister, dass man eine starke Armee aufbauen muss.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_04/thumb\\_files/630\\_360\\_1522947574-5933.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_04/thumb_files/630_360_1522947574-5933.jpg)

### **Nachmittags:**

de.sputniknews.com: „Wichtige Zeugen eliminiert“: Sacharowa zu Info über Tod der Haustiere von Skripal.

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat die in Medien aufgetauchte Information über den Tod von Haustieren im Haus des vergifteten Ex-Doppelspions Sergej Skripal kommentiert.

Am Donnerstag hatte die Zeitung „Mirror“ unter Berufung auf einen Sprecher des britischen Umweltschutzministeriums berichtet, dass zwei Meerschweinchen gestorben seien und ein Kater, der sich in einem schweren Zustand befunden haben soll, auf Entscheidung eines Tierarztes eingeschlafert worden sei.

Kurz davor hatte die russische Botschaft das britische Außenministerium gebeten, über den Zustand der Haustiere von Skripal zu informieren. Die Diplomaten verwiesen darauf, dass es im Kontext der andauernden Ermittlung wichtig sei zu wissen, ob die Tiere von einer chemischen Vergiftung betroffen worden seien.

In ihrem Facebook-Account schrieb Sacharowa über einen erneuten „Leak“:

„Übrigens, arbeiten überhaupt ihre (britische – Anm. d. Red.) Pressedienste der Staatsorgane? Warum wird alles in Form der Kommentare von ‚namentlich nicht genannten Quellen‘ ‚geleakt‘?“

„Es ergab sich, dass die Haustiere von Skripal, zwei Meerschweinchen und ein Kater, bereits nicht mehr am Leben sind. Das ist nur auf den ersten Blick ein Anlass für Scherze – ‚wichtige Zeugen sind erledigt worden‘. Aber tatsächlich sind sie wirklich ‚wichtige Zeugen‘, falls es um einen chemischen Giftstoff geht, der laut einer Reihe von Versionen im Haus von Skripal eingesetzt werden konnte“, schrieb Sacharowa weiter.

Sie verwies weiter unter Berufung auf eine von ihr namentlich nicht genannte britische Zeitung darauf, dass „die Meerschweinchen an Dehydration gestorben sind, weil diese nicht aus dem Haus gebracht worden sind.“

„Wie kann das sein? Es gab eine Untersuchung und die Tiere wurden nicht bemerkt? Man hat die Tiere einer Person nicht bemerkt, die mit einem nervenschädigenden Gas vergiftet worden ist?!“, fragt Sacharowa weiter.

„Mit dem Kater ging man, wie es erneut in der Presse heißt, anders (ich kann kein anderes Wort dafür finden) um. Er soll angeblich (niemand weiß aber, an welchem Tag) in eben jenes Labor Porton Down gebracht und dann ... eingeschlafert worden sein“, schrieb die Außenamtssprecherin weiter.

„Warum wurde er eingeschlafert? Die Antwort: weil der Kater in einem ‚stressigen Zustand‘ war, weil er bei der Durchsuchung nicht ‚bemerkt‘ wurde. Geht man so gewöhnlich mit Haustieren in Großbritannien um? Ist das die normale Praxis?“

Sie betonte dabei, dass sowohl die Meerschweinchen als auch der Kater laut dem Blatt eingäschert worden seien.

„Mit anderen Worten: Man hat sie eliminiert, obwohl die Tiere im Fall der Vergiftung durch einen Chemiestoff zu einem wichtigen Indiz hätten werden können.“

„Laut unseren Angaben hat der TV-Sender BBC gewusst, dass sich die Tiere im Haus befunden hätten, aber aus irgendwelchen Gründen hat er diese Informationen verheimlicht.

Wir möchten Erklärungen bekommen“, betonte sie.

„Vielleicht ist es nur ein Zusammentreffen“, präzisierte Sacharowa.

„Aber die Versuche mit dem nervenschädigenden Gas im Porton Down wurden eben an Meerschweinchen unternommen (innerhalb von 40 Jahren wurden solche Forschungen an 3400 Tieren durchgeführt)“, so Sacharowa abschließend...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31993/12/319931207.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Oberst Eduard Basurin über die Situation an der Kontaktlinie vom 31. März bis 06. April 2018:

Guten Tag!

In den Streitkräften der Donezker Volksrepublik wurden in der letzten Woche planmäßige Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, es fanden Übungsmaßnahmen der zweiten Etappe mit dem Personal der Reserve der Panzergrenadiereinheiten statt.

**In den letzten 24 Stunden** haben die ukrainischen Besatzungskräfte in Richtung Donezk die Gebiete von **acht Ortschaften beschossen**, der Feind hat mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurde das Gebiet von **Werchnetorezkoje** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** hat der Feind **Leninskoje, Dershinskoje und Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Banden in den letzten 24 Stunden 19-mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 101-mal das Regime der Feueinstellung verletzt** und 120 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgefeuert sowie mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **12 Ortschaften der Republik beschossen**.

In der Folge von Scharfschützenfeuer von Seiten der ukrainischen Besatzer **starben in der letzten Woche zwei Soldaten der Streitkräfte der DVR**.

Durch Beschuss seitens der ukrainischen Streitkräfte wurden in Sachanka die Häuser in der Friedensstraße 35, 37, 38 beschädigt, außerdem wurden ein Traktor und eine Stromleitung beschädigt. In Jasnoje wurde das Haus in der Pobeda-Straße 11 beschädigt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Insbesondere wurden von unserer Aufklärung festgestellt:

10 152mm-Haubitzen „MSTA-B“;

6 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;

3 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

3 Haubitzen „Akazija“;

4 Haubitzen „Gwosdika“;

4 Geschütze 2S5 „Giazint-C“;  
2 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;  
1 Abwehrraketekomplex „Osa“;  
10 Panzer T-64 und T-72;  
21 Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen;

Wir bereits mitgeteilt haben, tut die ukrainische Seite alles ihr Mögliche, um ihre Waffen zu verbergen.

Dabei kommen alle Mittel zum Einsatz, bis hin zu Versuchen, Drohnen der OSZE zu vernichten. Wir haben die Öffentlichkeit mehrfach über die Vorbereitung der Luftabwehreinheiten auf die Vernichtung von Drohnen der Mission informiert.

Diese Information fand bereits in der letzten Woche eine Bestätigung. Im Bericht der Mission für den 4. April sind Fälle von Beschuss von Drohnen der Mission im Gebiet von Nowoselowka und Schewtschenko angegeben.

Dabei erklären die ukrainischen Kämpfer bereits offen, dass die Drohnen, wenn sie gestartet werden, abgeschossen werden.

Von welcher Integration dieses Staats in Europa kann man sprechen, wenn er ein solches Verhältnis zu den Aktivitäten der Vertreter des Europarats demonstriert?!

Außerdem wurde von unserer Aufklärung 9 km von der Kontaktlinie in Verletzung der Minsker Vereinbarungen eine Batterie von 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“ der 54. Brigade entdeckt, die auf dem Territorium einer Milchfarm am nördlichen Rand von Krasnyj Pacharj versteckt ist.

Wir wenden uns an die Vertreter der OSZE-Mission mit der Forderung, den Abzug der verbotenen Waffen der ukrainischen Seite hinter die Abzugslinie zu erreichen. Nur Ihre entschiedenen Handlungen werden dazu beitragen, potentielle Opfer unter der friedlichen Bevölkerung im Angriffsbereich dieser Artillerieeinheit zu vermeiden.

Von vertrauenswürdigen Personen im Stab der Operation der Besatzungskräfte haben wir Informationen über die Ergebnisse einer Ermittlung erhalten, die zum Tod von zwei und zur Verletzung von drei Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte aus einer Aufklärungsgruppe der 30. mechanisierten Brigade auf einem Minenfeld beim Vordringen in das Gebiet von Luganskoje zur Durchführung von Diversionen führte.

Wie wir auch angenommen haben, wird die Schuld für die gescheiterte Spezialoperation allen zugewiesen außer dem Hauptschuldigen und Initiator, dem Kommandeur der „ATO“ M. Sabrodschij.

Von der Kommission wird im Ergebnis der Untersuchung angewiesen:

- die gescheiterten Aufklärer, die in der Folge des Ausfalls auf dem Feld verletzt bzw. getötet wurden, als Personen zu betrachten, die Sicherheitserfordernisse bei der Erfüllung von Kampf- und Spezialaufgaben missachtet haben, und ohne Kompensationsrechte oder soziale Zahlungen zu entlassen (postum auszuschließen);
- dem Kommandeur des Zugs und dem Kommandeur der Kompanie, die der schlecht vorbereiteten Gruppe die Aufgabe erteilt haben, strenge Verweise zu erteilen bzw. wegen unvollständiger Ausführung der dienstlichen Obliegenheiten zu verwarnen;
- den Kommandeur der Brigade (den Kriegsverbrecher) I. Garas streng zu verwarnen.

Es muss unterstrichen werden, dass der Kommandeur der sogenannten „ATO“ M. Sabrodschij in den Ergebnissen der Untersuchung nicht einmal erwähnt wird, obwohl gerade er persönlich die Anweisung zum Ausfall von Diversionsgruppen gegeben hat und der neue Kommandeur der Besatzungskräfte, der Kriegsverbrecher Najew, diese Entscheidung gebilligt hat.

Dieses Beispiel demonstriert deutlich das Verhältnis des Kommandos der „ATO“ zu seinen Untergebenen. Mehr noch, bestraft werden ausschließlich die gewöhnlichen Ausführenden des verbrecherischen Befehls, so verlieren die Verletzten auch noch die versprochene Kompensation und die Verwandten der Toten erhalten keine Zahlungen wegen des Verlustes des Ernährers.

Wir werden uns nicht wundern, wenn der Brand, der in der Schlafräumen der 64. Haubitzenartillerieabteilung der 406. Artilleriebrigade im Gebiet von Mangusch 15 km von Mariupol ausbrach auch auf die Verletzung von Sicherheitsanforderungen „abgeschrieben“ wird.

Obwohl in Folge des Brandes in der operativ-taktischen Gruppe „Donezk“ sechs Artilleristen unterschiedlich schwere Brandverletzungen erlitten, hat der Stab der Besatzungskräfte in der letzten Woche dazu nichts erklärt. Allem Anschein nach ist ein Bericht über die durch den Brand verletzten Soldaten an den Stab der Operation der Besatzungskräfte einfach nicht ergangen.

Dafür wurde wie vorgeschrieben („auf Befehl“) über den Verlust von 12 schussicheren Westen „Korsar 1“, zehn Kevlarhelme, 38 Sanitärpaketen nach NATO-Art und 43 Funkgeräten „Motorolla“ mit der Formulierung „in der Folge eines Brandes“ berichtet. Übrigens wurde nach den Worten der verletzten Artilleristen alles „verbrannte“ Material in einem getrennten Gebäude in der Nähe der Standplätze für Schützenpanzer gelagert und konnte bei dem Brand nicht beschädigt werden. Offensichtlich musste eilig ein Fehlbestand „abgedeckt“ werden.

Es folgt, dass an der Abschreibung von Material die Kommandeure verdienen und die Verantwortung für den Verlust die Untergebenen tragen.

In einer solchen Situation, in der das Kommando der Operation der Besatzungskräfte und der „ATO“ in völlig desinteressierter Weise an Fälle von Tod und Verletzung ihrer Untergebenen herangeht, was kann man dann über zivile Einwohner sagen, die sich auf dem zeitweise von der Ukraine kontrollierten Territorium ständig in Gefahr durch inadäquate Verwendung von Kräften von Seiten der ukrainischen Besatzer befinden?

Uns wurde bekannt, dass die Einwohner des Dorfes Nowye Petrowzy im Kiewer Oblast mit einer möglichen Gefahr für Leben und Gesundheit durch die Aktivitäten der Nationalgarde konfrontiert sind. Im Einzelnen wird die sogenannte „1. Präsidentenbrigade der Nationalgarde der Ukraine“ im Jahr 2018 täglich von Montag bis Freitag von 9.00 bis 18:00 Uhr und von 20:00 bis 2:00 Uhr nachts Schießübungen mit allen Waffenarten auf einem Übungsplatz durchführen, der sich in unmittelbarer Nähe der Ortschaft befindet. Dies verletzt alle Sicherheitsanforderungen.

Das heißt, die örtlichen Einwohner werden wegen der ständigen Schüsse nicht nur keine Erholung nach dem Arbeitstag finden, sondern sind auch der Gefahr ausgesetzt, durch Kugeln und Geschosse, die von den ukrainischen Nazis abgeschossen werden, verletzt oder sogar getötet zu werden.

Gesondert möchte ich auf die fortgesetzten Verletzungen der internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte und der Rechte von Kriegsgefangenen eingehen.

Wir haben **mehrfach Fälle von Folter und Gewalt gegenüber Soldaten und einfach festgenommenen Bürgern** unserer Republik festgestellt und einer breiten Öffentlichkeit zu Beurteilung übergeben.

Aber **von den internationalen Organisationen und westlichen Staaten werden solche Fälle einfach ignoriert**, dazu gehören auch die Verletzungen der Artikel der Genfer Konvention über das Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen durch die Ukraine. Zum Beispiel die Verletzung von Artikel 7 und 8, die die Evakuierung von Kriegsgefangenen aus der Kampfzone und die Informationen des Gegners über Auskunftsstellen regeln.

Nach vertrauenswürdigen Informationen hat die ukrainische Seite in der letzten Woche unseren **Soldaten A.A. Tkatschenko entführt und ihn nach seiner Weigerung mit den ukrainischen Spezialdiensten zusammenzuarbeiten zu Tode gefoltert**.

Die ukrainischen Strafsoldaten haben versucht Tkatschenko zu zwingen, ein „gestelltes“ Interview vor der Kamera zu geben, dass er im Rahmen des Programms des Sicherheitsdienstes der Ukraine „Verrate Dein Zuhause“ freiwillig auf die Seite der Kiewer Junta übergegangen ist. Unser Soldat hat sich kategorisch geweigert, seine Heimat zu verraten

und seine Kameraden zu verleumden, dafür wurde er brutal ermordet. Nach unseren Informationen wurde die Hinrichtung des Gefangenen auf Video festgehalten, das in den sozialen Netzen zur Einschüchterung der Einwohner der Republik verbreitet werden sollte.

Mit diesen Handlungen verletzen die Kiewer Sadisten die Genfer Konvention bezüglich des Umgangs mit Kriegsgefangenen in erschreckender Weise und die vom SBU verwendeten Methoden der Einschüchterung sind identisch mit den Bestialitäten des „islamischen terroristischen Staats“.

Ukrinform.ua: Keine Toten oder Verletzten im ATO-Gebiet – Verteidigungsministerium  
Trotz der Angriffe der russischen Besatzungstruppen hat es in den vergangenen 24 Stunden keine Toten oder Verletzten unter den ukrainischen Soldaten gegeben.

Das gab der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Dmytro Huzuljak, in einem Briefing am Freitag bekannt. Insgesamt hätten die russischen Besatzungstruppen 27 Mal die Stellungen der ukrainischen Armee angegriffen.

de.sputniknews.com: Skripal nicht mehr in kritischem Zustand.

Der Anfang März vergiftete russische Ex-Spion und Überläufer Sergej Skripal befindet sich nach Angaben der Agentur Reuters nicht mehr in einem kritischen Zustand.

Wie die Leiterin des Krankenhauses von Salisbury, Dr. Christine Blanshard, gegenüber Reuters sagte, verbessert sich der Zustand von Skripal rapide.

„Er (Skripal – Anm. d. Red.) reagiert gut auf die Behandlung, sein Zustand verbessert sich schnell und er ist nicht mehr in einem kritischen Zustand“, so Blanshard.

Ende März hatte sich auch der Zustand von Skripals Tochter Julia verbessert. Sie erwachte aus dem Koma und soll Medienberichten zufolge umgehend zu sprechen begonnen haben.

Der mutmaßliche Giftanschlag auf sie und ihren Vater, den früheren russisch-britischen Doppelagenten Skripal, hatte eine schwere internationale Krise ausgelöst. Die britische Premierministerin Theresa May machte Russland für das Attentat verantwortlich und ließ russische Diplomaten ausweisen. Aus „Solidarität“ mit London wiesen Deutschland, die USA und deren Bündnispartner insgesamt mehrere Dutzend russische Diplomaten aus.

Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März im britischen Salisbury bewusstlos aufgefunden worden. Von wem und unter welchen Umständen sie wirklich vergiftet wurden, ist unklar. Russland weist den Vorwurf von sich und fordert eine unabhängige Aufklärung. Vor einer Woche sagte die britische Premierministerin May, dass die Skripals wahrscheinlich nie mehr genesen würden.

de.sputniknews.com: EU-Kommission will Nord Stream 2 nicht unterstützen.

Die Europäische Kommission wird das Projekt der Gaspipeline Nord Stream 2 nicht unterstützen, weil es zur „Diversifizierung der Gaslieferungen nach Europa“ nicht beiträgt. Dies teilte der Chef der Generaldirektion Energie in der EU-Kommission, Dominique Rostori, bei einem Briefing in Kiew am Freitag mit.

„Wir denken, dass Nord Stream 2 nicht die Diversifizierung der Lieferungen sowie der Lieferwege fördert. Wenn die Pipeline gebaut wird, wird es vor allem von der EU und insbesondere von der Europäischen Kommission nicht unterstützt“, sagte Rostori.

Zugleich aber betonte der EU-Politiker, dass hier von Sanktionen nicht die Rede sein könne. Wie Rostori ferner anmerkte, wird die Europäische Kommission „alle Kanäle nutzen“ und die Bemühungen der Ukraine unterstützen, Gespräche über die Fortsetzung des Gastransits durch ihr Territorium nach 2019 zu führen.

Die Lieferungen durch das ukrainische Territorium seien einerseits für Kiew, das davon

Einkommen erziele, wichtig und andererseits auch für Europa notwendig, um die Gaswege zu diversifizieren, schloss der Politiker.

Nord Stream 2 ist das Projekt einer Gaspipeline, die aus Russland über den Meeresgrund der Ostsee direkt nach Deutschland führt. Das Projekt wird von der Nord Stream 2 AG in die Tat umgesetzt. Der russische Gasgigant Gazprom verfügt über 51 Prozent der Aktienanteile dieser AG. Bis Ende 2019 soll die neue Pipeline in Betrieb genommen werden. Ihre Kapazität soll 55 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr erreichen.

Dan-news.info: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa zu den Ergebnissen der Sitzung der humanitären Untergruppe in Minsk: Während des Treffens der humanitären Untergruppe in Minsk am 4. April 2018 ist es nicht gelungen zu einer Lösung der grundlegenden Fragen der Tagesordnung kommen. Das Thema des Austauschs von festgehaltenen Personen wurde nicht in vollem Umfang erörtert, weil die Vertreter Kiews offiziell erklärt haben, dass die Führung der Ukraine derzeit keine abgestimmte Position zu dieser Frage hat.

Außerdem wurden wieder weder schriftliche noch mündliche Positionen der ukrainischen Seite bezüglich des prozessualen Status der Personen, die am 27.12.17 aus ukrainischer Gefangenschaft befreit wurden, vorgelegt. Nach meiner Auffassung geschieht dies vorsätzlich, weil wir in diesem Dokumenten deutlich sehen würden, dass die Freigelassenen weder zum Zeitpunkt des Austausches noch jetzt prozessual freigestellt wurden. Also ist eine prozessuale Freistellung, die eine der Bedingungen des Austausch ist, nicht erfolgt. Außerdem haben diese Menschen ihre Dokumente, die ihre Identität bestätigen, noch nicht zurückerhalten. Eine Lösung dieses Problems wird von Kiew ignoriert.

Eine weitere Frage der Tagesordnung war die Erörterung der Suche nach vermissten Personen. Die Position der ukrainischen Seite wird auch hier nicht durch ein offizielles schriftliches Dokument bestätigt. Mehr noch, der Frage der Vermissten wurde in Minsk wenig Zeit gewidmet, die Erörterung nahm weniger als zwei Minuten ein. Die Position der ukrainischen Seite bestand in der unmotivierten Heranziehung von Experten dritter Länder, die keine Beteiligten des Konflikts sind, zur Lösung dieser Frage. Ich erinnere daran, dass der Entwurf eines Fahrplans, der gemeinsam mit dem IKRK ausgearbeitet wurde, durch unverständliche Forderungen der ukrainischen Seite vor mehr als einem Jahr blockiert wurde. Ich halte die Verschleppung bei der Lösung der Frage der Suche nach Vermissten für äußerst unzulässig. Auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie befinden sich Familien, die Angehörige vermissen. Die Blockade der Erörterung dieses Themas ist unmenschlich und zynisch. Ich hoffe, dass die Vertreter der ukrainischen Seite im Weiteren eine Möglichkeit finden werden, eine abgestimmte Position zu erarbeiten, was es erlauben würde die Verhandlungen in konstruktive Bahnen zu lenken.

de.sputniknews.com: **Wahlmanipulation in Deutschland: Post-Tochter vermietet Kundendaten an CDU und FDP.**

*Andreas Peter*

Wie Wahlen im Westen manipuliert werden, zeigt ein aktueller Zeitungsbericht über eine Tochter der Deutschen Post. Diese hat im großen Stil Kundendaten für gezielte Wahlwerbung an Parteien vermietet. Vor dem Hintergrund ständiger Vorwürfe an Russland, Wahlen zu manipulieren, hat Sputnik die Parteien im Bundestag zu ihren Datenkaufpraktiken befragt. Wenn es darum geht, Russland Wahleinmischungen vorzuwerfen, dann kann es einigen gar nicht schnell genug und in der Wortwahl gar nicht deftig genug gehen. Fragt hingegen ein russisches Medium wie Sputnik die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, wie sie den jetzt aufgefliegenen Datenhandel und die aktuellen Datenkaufpraktiken der Parteien bewerten, dann geschehen in einigen Parteizentralen interessante Dinge. Die Ähnlichkeit der enthüllten Praktiken mit dem Vorgehen der britisch-US-amerikanischen Firma Cambridge Analytica fällt

dabei ins Auge.

### **Massenhafter Datenhandel**

Die Vorgänge rund um die Deutsche Post Direkt GmbH sind ein Lehrstück in Sachen Wahlmanipulation. Einem Bericht der „Bild am Sonntag“ zufolge verkauft diese Tochtergesellschaft der Deutschen Post seit Jahren massenhaft Kundendaten an politische Parteien. Die organisieren damit gezielte Wahlwerbung. Das spart Kosten und vor allem Personalaufwand. Konkret soll es um die CDU und die FDP gehen. Damit diese Parteien gezielt und ressourcensparend auf Wählerfang gehen können, benötigen sie allerdings mehr als nur Adressdaten.

Auf der Internetseite der Deutsche Post Direkt GmbH wird ganz offen mit dem Versprechen geworben: „Ihre Zielgruppen werden präzise charakterisiert – mit soziodemografischen, Konsum-, Struktur- und regionalen Daten sowie Branchen- und Lebenswelt-Informationen.“ Offen bleibt, wie dabei der Datenschutz gewährleistet werden soll. Denn dessen Einhaltung beschwört die Deutsche Post in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber Sputnik wie folgt:

„Unser Tochterunternehmen Deutsche Post Direkt GmbH speichert und verarbeitet geschäftsmäßig personenbezogene Daten bei strikter Einhaltung des Bundesdatenschutzgesetzes. Die Tätigkeit der Deutsche Post Direkt ist bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, angemeldet. Die Aufsichtsbehörde hat sich das Geschäftsmodell bei der Deutsche Post Direkt vorstellen und erläutern lassen, ohne dass es Beanstandungen gegeben hätte.“

### **„Flächendeckend“ und „zielgruppengenau“**

Das stellt die „Bild am Sonntag“ allerdings etwas anders dar. Demnach „verhökere“ die Posttochter ihre Kundendaten an Parteien wie die CDU und die FDP. Mit ihren Datensätzen ermögliche sie, dass die Parteien gebäudegenaue Wahlwerbung platzieren könne. Das taten die beiden genannten Parteien im Bundestagswahlkampf 2017 auch ausgiebig. Sie sollen dafür jeweils einen fünfstelligen Betrag gezahlt haben. Vielleicht erklärt das auch das beredte Schweigen gerade dieser beiden Parteien auf entsprechende Anfragen seitens Sputnik. Die Deutsche Post Direkt GmbH erklärt auf ihrer Internetseite die „Vorteile“ ihres „microdialog“ unter anderem so: „Hohes Ansprachepotenzial: microdialog ist nahezu 100 % flächendeckend. Anschauliche Bewertung von Adressen, z.B. nach Typen oder Milieus, Lokalisierung von Zielgruppen bis auf Gebäudeebene, Zielgruppengenau voll-, teil- oder unadressierte Direktwerbung, Segmentierung von Kundenadressen, Minimierung von Streuverlusten und Kosten.“

### **Angebliche Datenschutzkonformität**

Die Post Direkt betont, genauso wie die Konzernmutter, dass alles gesetzeskonform ist: „BDSG-konform: microdialog arbeitet mit Wahrscheinlichkeiten ohne Personenbezug“. Die Deutsche Post formuliert es so: „Es werden dabei keine personenbezogenen Daten, sondern nur statistische Wahrscheinlichkeitswerte dargestellt.“

Diese Argumentation klingt den Beteuerungen erstaunlich ähnlich, die im Zusammenhang mit den Manipulationsversuchen der Firma Cambridge Analytica auftauchten. Diese vom US-amerikanischen Milliardär Robert Mercer gegründete und finanzierte Datenanalysefirma hat wahrscheinlich mit den Daten von Millionen Facebook-Nutzern in so wichtige Wahlen eingegriffen wie das EU-Austrittsreferendum Großbritanniens und die Präsidentschaftswahlen in den USA.

### **Wahlmanipulation mit Steuergeldern**

Besonders interessant an der Erklärung der Deutsche Post Gruppe ist folgendes. Die Kundendaten wurden demnach gar nicht an CDU und FDP verkauft, sondern vermietet. Die Post schreibt Sputnik:

„Die Daten beziehen sich somit nicht auf einzelne Haushalte, sondern nur auf eine sogenannte Mikrozelle (6,6 Haushalte). In diesem Zusammenhang werden die Daten nicht verkauft,

sondern vermietet. Eine direkte Übermittlung der Adressdaten an werbungtreibende Kunden ist ausgeschlossen. Vielmehr übermittelt der Adressdienstleister die Adressdaten für das Mailing an einen sogenannten Lettershop, der von dem Auftraggeber mit dem Druck und Versand des Mailings, also der Werbeaussendung, beauftragt wurde. Der Auftraggeber als Absender kennt nicht die Adressdaten, die für sein Mailing eingesetzt werden. Der Lettershop löscht die Adressdaten im Anschluss an die Verarbeitung.“

Dieser Beteuerung müssen die Wähler und Verbraucher bis zum Beweis des Gegenteils erst einmal Glauben schenken. Genauso wie die Wählerinnen und Wähler hinnehmen müssen, dass solche Geschäfte und damit auch die Manipulation von Wahlen auch mit Steuergeldern betrieben werden. Denn der Bund, also die Gemeinschaft der Steuerzahler, ist immer noch mit rund 20 Prozent an der Deutschen Post Gruppe beteiligt. Das zuständige

Bundesfinanzministerium antwortet auf die Frage von Sputnik, warum der Bund sich de facto an so etwas beteiligt:

„Das Bundesfinanzministerium gibt zur Geschäftstätigkeit von privaten Unternehmen keine Auskünfte oder Stellungnahmen. Die Deutsche Post AG ist ein börsennotiertes Unternehmen, das seine Entscheidungen nach unternehmerischen Kriterien und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen trifft. Einflussnahmen des Bundes auf operative Entscheidungen des Unternehmens, gestützt auf eine staatliche Aktienbeteiligung, sind nicht möglich. Dies ist im deutschen Aktienrecht nicht vorgesehen. Entsprechend dem aktienrechtlichen Gleichbehandlungsgebot ist es dabei unerheblich, dass der Bund mittelbare über die Kreditanstalt für Wiederaufbau 20,6 Prozent der Aktien der Deutsche Post AG hält.“

Wie gut, dass die Post nur noch eine Minderheitsbeteiligung des Bundes ist. Denn so gilt der „Good Governance Codex“, den sich die Bundesregierung für alle ihre unternehmerischen Beteiligungen auferlegt hat, im Fall der Deutschen Post nur als Empfehlung.

### **Anregungen zum Umdenken**

Die Befragung des Whistleblowers Christopher Wylie vor dem britischen Parlament im Zusammenhang mit der Manipulation der US-Präsidentschaftswahlen durch die britisch-US-amerikanische Firma Cambridge Analytica hat es erwiesen: Personalisierte Wahlwerbung führt auch dazu, dass den Adressaten zum Teil gänzlich andere Inhalte präsentiert werden als anderen Nutzern. Das soll sie zu einem bestimmten Umdenken anregen, das schließlich in ein geändertes Wahlverhalten münden soll. So etwas ist grundsätzlich auch mit „nur“ gebäudegenauen Analysen des Wahlvolkes möglich.

### **AfD und SPD: unbeteiligt**

Womit wir wieder bei den Parteien sind. Die Anfrage von Sputnik wurde am Dienstag an alle im Bundestag vertretenen Parteien verschickt. Am schnellsten antwortete die Alternative für Deutschland (AfD), die nach eineinhalb Stunden kurz und bündig verneinte, von der Deutsche Post Direkt GmbH Adressdaten für individualisierte Wählerwerbung gekauft zu haben. Sie plane derartiges auch nicht.

Am selben Tag antwortete auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die ebenfalls kurz und knapp erklärte, weder von der Post Direkt noch von anderen Anbietern Adressdaten für personalisierte Wahlwerbung erworben zu haben. Sie habe es auch nicht vor. Allerdings bewerte sie solcherlei Geschäfte auch nicht.

### **Linkspartei: „Privateste Informationen werden verscherbelt“**

Die Partei Die Linke benötigte einen Tag, um es AfD und SPD gleichzutun. Sie merkte zusätzlich an:

„Es ist nicht in Ordnung, dass ohne das ausdrückliche Einverständnis der Leute hier privateste Informationen an Dritte verscherbelt werden. Die Linke unterstützt dieses Vorgehen nicht und legt großen Wert auf Datenschutz. Es ist problematisch, wenn Parteien sich nicht die Mühe machen, mit allen Menschen zu reden, sondern im Vorfeld aussieben. Die Linke macht Haustürbesuche in Villenvierteln und sozialen Brennpunkten – das ist mehr Arbeit, als sich die Informationen über die Leute zu kaufen, aber demokratische Willensbildung kennt keine

Abkürzungen.“

### **Grüne, FDP, CDU/CSU: Schweigen**

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen antwortete weder auf schriftliche noch telefonische Anfragen und Nachfragen, ebenso die Freie Demokratische Partei (FDP). Bei letzterer war es vielleicht schlechtes Gewissen, steht doch auch die FDP im Verdacht, mit personalisierter Werbung Wählerpicking betrieben zu haben. Das bedeutet, dass die FDP bestimmte Wählergruppen gar nicht mehr ansprechen will, weil sie nicht an die Überzeugungskraft ihrer politischen Angebote und Argumente glaubt. Da hilft auch nicht, dass der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Marco Buschmann, in seinem Facebook-Auftritt beschwörend von der „Datenschutzpartei“ FDP schrieb und sich auch ansonsten streng datenschutzrechtlich verteidigte. Offenbar hat er keinerlei grundsätzliche demokratische Probleme mit diesem Wählerpicking.

CDU und CSU haben die Sputnik-Anfrage ebenfalls nicht einer Antwort für würdig befunden. Die Pressestelle der Unions-Bundestagsfraktion verwies rechtlich korrekt und freundlich auf die Kolleginnen und Kollegen in den Bundeszentralen der Schwesterparteien. Die CSU-Pressestelle in München beteuerte zwar in einem Telefonat, sie wolle „mal schauen“. Doch dabei blieb es. Die CDU-Zentrale schwieg völlig. Sollte sich das ändern, wird Sputnik darüber berichten.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32021/43/320214398.jpg>

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Nachmittag:

12:45 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben Scharfschützenfeuer aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** eröffnet. Für 13:15 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

14:15 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja** eröffnet, es wurden 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen. Für 14:45 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

14:55 Uhr – trotz des angefragten Regimes der Ruhe setzen die ukrainischen Streitkräfte den Beschuss aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja** fort. Zu den eben aufgezählten Geschossen haben die ukrainischen Streitkräfte noch zusätzliche 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen.

15:25 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Marjinka auf **Trudowskije** mit Schusswaffen eröffnet, außerdem erfolgt Scharfschützenfeuer. Für 15:55 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

16:00 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka (Truppenteil) auf **Spartak** mit Schusswaffen eröffnet. Für 16:30 Uhr ist ein Regime der Ruhe

angefragt.

16:30 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Schirokino auf **Sachanka** mit Schützenpanzern (6 Schüsse) eröffnet. Für 17:00 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

16:35 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowoselowka-2 auf **Wasiljewka** mit Granatwerfern (32 Granaten) und Schusswaffen eröffnet. Für 17:05 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

16:50 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** eröffnet, es wurden 29 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen. Für 17:20 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

16:55 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowgorodskoje auf **Schirokaja Balka** mit Mörsern des Kalibers 120mm und Schusswaffen eröffnet. Für 17:25 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

17:05 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Marjinka auf **Trudowskije** mit Schusswaffen eröffnet.

17:05 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Spartak** mit automatischen Granatwerfern eröffnet (es wurden 6 Granaten abgeschossen).

de.sputniknews.com: Russenhass? Brandanschlag auf Moskau-treues Gotteshaus in Kiew  
Unbekannte haben in der Nacht zum Freitag die Kirche der Ikone der Gottesmutter von Jerusalem der Ukrainischen orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in Brand gesteckt. Das teilte der Kirchenvorsteher Dimitri Gartschuk auf Facebook mit.

„Meinen herzlichen Dank an die Feuerwehr des Bezirks Golossejewski. Gott, vergib den Brandstiftern. Denn sie wissen nicht, was sie tun“, schrieb der Geistliche und fügte Fotos von dem Brand hinzu. Die Bilder zeigen vom Feuer beschädigte Innenwände des Kirchengebäudes.

In der Ukraine sind die kanonische Ukrainische orthodoxe Kirche, eine selbstverwaltete Kirche im Rahmen des Moskauer Patriarchats, sowie das Kiewer Patriarchat und die Ukrainische autokephale orthodoxe Kirche — von der Weltorthodoxie nicht anerkannte Strukturen – tätig.

Die zum Moskauer Patriarchat gehörende Kirche hat nicht nur einmal Fälle der Diskriminierung von Geistlichen und der Inbesitznahme von orthodoxen Gotteshäusern durch Anhänger des Kiewer Patriarchats gemeldet.

So hatten Radikale am Montag die Himmelfahrtskirche im Dorf Ptitschja im Gebiet Riwno angegriffen und gefordert, das Gotteshaus in die Jurisdiktion des Kiewer Patriarchats zu übergeben.

Mil-Inr.info: Wöchentliche Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko:

Guten Tag!

Heute stelle ich die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche vor und informiere über die Situation an der Kontaktlinie.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt trotz des „Osterwaffenstillstands“ angespannt. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Dabei haben die von Kiew kontrollierten Kämpfer schwere Technik, großkalibrige und Schusswaffen verwendet.

**In der letzten Woche** haben die ukrainischen Truppen den „Osterwaffenstillstand“ **14-mal verletzt**. Es wurde mit Schützenpanzern, lenkbaren Antipanzerraketen, 82mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen und Schusswaffen geschossen. Insgesamt wurden 144 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Im Vergleich zur vorangegangenen Woche hat sich die Zahl der Beschießungen um sechs

erhöht.

Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die **Gebiete von neun Ortschaften beschossen.**

....

Der Hauptteil der ukrainischen Militärtechnik und Waffen, die sich an der Kontaktlinie befinden, kommt regelmäßig in den täglichen Berichten der OSZE-Mission zum Ausdruck. Dabei lässt sich der formale Charakter des Verhältnisses der ukrainischen Seite zu dieser Kontrolle verfolgen.

In der letzten Woche wurden die folgenden Verstöße von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt, im Einzelnen das Fehlen von Waffen und Militärtechnik an den Lagerorten:

12 152mm-Haubitzen „Giazint-B“;

10 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“;

12 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwosdika“;

11 122mm-Haubitzen D30;

8 120mm-Mörser 2B11 „Sani“;

10 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“;

12 Mehrfachraketenwerfer „Grad“.

Ein weiteres Mal hat die verbrecherische Kiewer Regierung durch ihre Kämpfer der ganzen Weltgemeinschaft ihre Absicht, den Konflikt im Donbass ausschließlich auf gewaltsamem und blutigem Weg zu lösen, demonstriert.

Trotz des am 30. März in Kraft getretenen „Osterwaffenstillstands“ haben ukrainische Soldaten **am 1. April im Gebiet von Nishneje Losowoje** mit einem Schuss mit einer lenkbaren Antipanzerrakete **ein Sanitärfahrzeug zerstört**, das einen verletzten Soldaten der Volksmiliz der LVR in eine medizinische Einrichtung brachte.

In Folge eines direkten Treffens der Rakete auf das Sanitärfahrzeug wurden **drei weitere Personen (medizinisches Personal) schwer verletzt**. Derzeit ist der Zustand aller Verletzten kritisch.

Der vorsätzliche Beschuss eines Sanitärfahrzeugs, das alle Attribute und Kennzeichen, die auf seine medizinische Zweckbestimmung hinwiesen, hatte, während des

„Osterwaffenstillstands“, bewerten wir als Kriegsverbrechen der ukrainischen Straftruppen.

Wir rufen alle internationalen Organisationen ein weiteres Mal auf, dies negativ zu bewerten und solche Handlungen Kiews zu verurteilen, und wir hoffen, dass dieser Fall nicht unbemerkt bleibt.

Wir stellen weiter täglich Fälle nicht kampfbedingter Verluste unter dem Personal der Einheiten der ukrainischen Kämpfer und der ungesetzlichen militärischen Formationen vor dem Hintergrund eines mangelhaften moralisch-psychischen Zustands des Personals sowie der Unprofessionalität des ukrainischen Kommandos und ihres gleichgültigen Verhältnisses zu ihren Untergebenen fest.

**Allein im März dieses Jahres wurde uns vom Tod von neun und von der Verletzung von 23 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bekannt.**

Von den neun Toten begingen vier Selbstmord, fünf erlitten tödliche Verletzungen in Folge von Verstößen gegen die Sicherheitsvorschriften bei der militärischen Ausbildung und der Verwendung der Militärtechnik.

Mit der warmen Jahreszeit haben in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte die Fälle von Desertion zugenommen. In der letzten Woche haben nach Informationen aus dem militärischen Rechtsordnungsdienst in der Zone der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ zehn ukrainischen Kämpfer ihre Truppenteile verlassen. Dabei ist interessant, dass vier Deserteure aus der gerade eingetroffenen 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte sind.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ hat die ihm unterstellten Truppenteile angewiesen, alle eingetroffenen Soldaten zusätzlich durch Militärpsychologen auf die Tauglichkeit in Bezug auf die psychische Gesundheit testen zu lassen.

Wenn man berücksichtigt, dass der größte Teil der Geflohenen psychisch nicht gesund ist und die Geflohenen Waffen bei sich haben, so fürchte ich, dass die ohnehin angespannte Situation bezüglich der Kriminalität in den von den ukrainischen Kämpfern kontrollierten Territorien des Lugansker Landes wieder einen kritischen Ausbruch erfahren wird.

In der letzten Woche hat im Rahmen der Osterfeiertage die Aktion „Ein Geschenk für einen Soldaten“ begonnen. Im Namen des Kommandos der Volksmiliz, des Personals und in meinem eigenen Namen will ich allen Einwohnern der LVR, die an der Aktion teilgenommen haben, für die Wärme und das Stückchen häuslicher Gemütlichkeit, die Sie unseren Soldaten an der Front gegeben haben, danken. Besondere Worte des Dankes sind für die Einwohner von Molodogwardejssk und seine Umgebung, die sich als erste eingebracht haben und Glückwunschbriefe, Postkarten, selbstgebackenes Gebäck und vieles andere in das frontnahe Kirowsk gebracht haben. Alles wurde bereits an die Frontpositionen gebracht.

Außerdem haben Soldaten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche mit Unterstützung von Vertretern der Republik im GZKK und des Roten Kreuzes im Gebiet von Staniza Luganskaja Informationsschilder zur Minengefahr angebracht. Dies hilft dabei, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden, weil es im Ergebnis der ukrainischen Aggression auf dem Territorium der LVR eine große Zahl explosiver Objekte gibt.

Die Volksmiliz ihrerseits spielt eine entscheidende Rolle in der Gewährleistung von Schutz und Sicherheit der Bürger der Republik. Sie hält die Minsker Vereinbarungen streng ein und geht nicht auf Provokationen von Seiten der Ukraine ein.

In der letzten Woche haben in den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR Übungen stattgefunden, in denen die Soldaten Übungsfragen bearbeitet haben und ihr hohes professionelles Niveau in der Praxis bestätigt haben.

Außerdem hat in den Einheiten der Volksmiliz der LVR die Vorbereitung des Personals und der Technik zur Parade des Sieges am 9. Mai begonnen.

de.sputniknews.com: Chinas Verteidigungsminister schickt in Moskau einzigartige Botschaft an USA.

Eine Erklärung des chinesischen Verteidigungsministers Wei Fenghe in Moskau ist zu einer Sensation geworden. Vor dem Hintergrund der Attacken durch den Westen schlossen sich Russland und China noch enger zusammen, schreibt die Zeitung vz.ru am Freitag.

Während Wladimir Putin im Kreml den chinesischen Außenminister Wang Yi empfing, war der Verteidigungsminister Wei Fenghe bereits auf dem Weg von Moskau nach Minsk.

Wang Yi war nach Moskau nicht einfach als Außenminister gekommen, sondern auch als Sondergesandter des chinesischen Staatschefs Xi Jinping. Solch ein Status wird gewährt, wenn eine wichtige Botschaft eines Staatsoberhauptes einem anderen Staatsoberhaupt übergeben werden soll.

In diesem Fall stand der jüngste Peking-Besuch des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong-un im Mittelpunkt.

Es war der erste Kontakt des nordkoreanischen Staatschefs mit einem ausländischen Staatsoberhaupt. Es ist klar, dass es für Russland und China als Nachbarn Nordkoreas äußerst wichtig ist, Meinungen über die Korea-Frage auszutauschen – genauer gesagt, über die Krise, die die USA seit mehr als einem Jahr um das Raketen- und Atomprogramm Nordkoreas in Gang halten. Das Treffen Putins und Wangs sollte bereits vor einer Woche stattfinden, doch wegen der Brandkatastrophe in Kemerowo wurde der Moskau-Besuch des chinesischen Ministers verschoben. Einen zusätzlichen Hintergrund lieferten die sich zuspitzenden Beziehungen zwischen Russland und dem Westen wegen der durch den Skripal-Fall provozierten Ausweisung russischer Diplomaten aus zahlreichen westlichen Ländern. Im Ergebnis reiste Wang erst in dieser Woche an, zur selben Zeit weilte in Moskau der chinesische Verteidigungsminister Wei Fenghe, der zur internationalen Sicherheitskonferenz in der russischen Hauptstadt gekommen war.

Am Dienstag verhandelte Wei vor der Konferenz mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Schoigu. Das war der Tag, an dem der Handelskrieg zwischen China und den USA ausbrach. Peking antwortete auf die Erhöhung der Zölle auf zahlreiche chinesische Waren durch Washington mit symmetrischen Maßnahmen. Ja, der jetzige Schlagabtausch bedeutet zwar noch nicht den totalen Handelskrieg zwischen den zwei Ländern, der große Erschütterungen für die ganze Weltwirtschaft bedeuten könnte, doch die Chancen eines solchen Krieges sind nun deutlich höher geworden.

Die zeitliche Übereinstimmung der Verhandlungen der Generäle Fenghe und Schoigu mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise war natürlich ein Zufall, allerdings gewannen vor diesem Hintergrund die Worte des chinesischen Verteidigungsministers an Gewicht:

„Als neuer Verteidigungsminister Chinas mache ich den Besuch gerade in Russland, um der Welt das hohe Niveau der Entwicklung unserer Beziehungen und die feste Entschlossenheit unserer Streitkräfte zur Festigung des strategischen Zusammenwirkens zu zeigen. Die chinesische Seite ist gekommen, um die Amerikaner über die engen Verbindungen der Streitkräfte Chinas und Russlands, besonders in dieser Situation, in Kenntnis zu setzen. Wir kamen, um sie zu unterstützen.“

Wei wurde erst vor drei Wochen zum Verteidigungsminister ernannt, doch seine Worte spiegeln die Position der gesamten chinesischen Führung wider. Für ein besseres Verständnis davon hob er hervor, dass sein Besuch mit dem Staatschef Xi Jinping abgestimmt wurde. Das vom Generaloberst Gesagte hat tatsächlich einen beispiellosen Charakter. Im Unterschied zu westlichen Politikern und Militärs äußern chinesische Politiker so gut wie nie etwas Persönliches, was wichtige und prinzipielle Fragen betrifft – alles spiegelt den allgemeinen Kurs wider. Deswegen wird jeder Verkündung der chinesischen Führung eine große Bedeutung beigemessen. Aus diesem Grund sind die Worte des chinesischen Generals tatsächlich wichtig. Welche genau?

„Wir sind gekommen, um die Amerikaner über die engen Verbindungen der Streitkräfte Chinas und Russlands, besonders in dieser Situation, in Kenntnis zu setzen. Wir kamen, um sie zu unterstützen.“

Mit „Situation“ wird natürlich die Zuspitzung des Konfliktes mit dem Westen wegen der Causa Skripal gemeint. Doch die Worte „die Amerikaner in Kenntnis setzen“ sind einzigartig. Zum ersten Mal seit der Wiederherstellung der russisch-chinesischen Beziehungen vor 30 Jahren gibt Peking direkt zu verstehen, dass die Beziehungen der beiden Länder auch als Widerstand gegen die USA wichtig sind.

Das war eigentlich kein großes Geheimnis – die russisch-chinesische Annäherung wurde durch eine bewusste strategische Wahl der Führung der beiden Länder ausgelöst, für beide sind die USA ein strategischer Gegner. Aber es geht nicht darum, „gegen wen wir befreundet sind“ – der größte Antrieb der russisch-chinesischen Allianz ist das Verständnis der gegenseitigen Vorteile der engen und umfassenden Beziehungen, und erst dann das Vorhandensein eines gemeinsamen Gegners.

Gerade deswegen haben Moskau und Peking nie öffentlich das Thema der gemeinsamen Unzufriedenheit mit den Handlungen der USA angesprochen – es wurde die US-Politik im Ganzen kritisiert, indem man sich gegen die unipolare Welt äußerte und eine gemeinsame Position bei mehreren Fragen hatte, bei denen die USA eine ganz andere Position einnahmen (beispielsweise Syrien). Russland und China kämpften gegen die USA an der jeweils eigenen Front und mit eigenen Methoden. Russland – aktiver und lauter, China – leiser. Zugleich wird in der Welt im Ganzen ein und derselbe Kurs verfolgt – in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), den BRICS-Staaten und einfach gemeinsamen Anstrengungen – „Aufbau einer postamerikanischen multipolaren Welt“.

Jetzt ändert China sein Verhalten, das traditionell die Erwähnung einer dritten Seite im Kontext der Beziehungen mit einem anderen Land vermeidet. „Die Amerikaner in Kenntnis setzen“ – damit zeigt man Russland gleichzeitig seine Verbundenheit mit dem Kurs auf eine

weitere Annäherung und drückt seine Unzufriedenheit mit der US-Politik aus. Warum geschah das gerade jetzt?

Wegen des Handelskriegs und der diplomatischen Ausweisungswelle? Doch noch mehr Unzufriedenheit löste bei Peking das vor Kurzem von Trump unterzeichnete Gesetz über Kontakte mit Taiwan aus, das Reisen von US-Offiziellen auf die Insel erlaubt.

Auf den ersten Blick ist das angesichts der vorhandenen amerikanisch-taiwanischen Handels- und inoffiziellen politischen Beziehungen keine große Nachricht. Man dachte wohl, man könnte China via Korea, über das Südchinesische Meer und jetzt via Taiwan unter Druck setzen – alles im Rahmen des großen Spiels mit Xi Jinping, eines Spiels zur Schaffung einer unvorteilhaften und unbequemen Position für China.

Doch im Fall Taiwan ist es ein äußerst dummer Weg. Denn das Thema „Ein-China“ ist für Peking von prinzipieller Bedeutung. Das Land, das auf Taiwan setzt, verliert sein Gesicht in den Augen Pekings. Trump versuchte bereits früher dazu zu greifen, als er im Telefongespräch mit dem Präsidenten Taiwans andeutete, dass die USA auf das Prinzip „Ein-China“ verzichten könnten. Die Reaktion Pekings war damals hart. Doch zugleich schaffte es Trump zum Teil, die gestellten Ziele zu erreichen. Ein plötzliches Treffen mit Xi Jinping in Florida war das Ergebnis davon, dass die Chinesen verstehen wollten, was man von einem Menschen erwarten soll, der die Spielregeln nicht einhält.

Jetzt wurde der neue Versuch, zur Taiwan-Karte zu greifen, neben dem Handelskrieg und der Korea-Krise von der chinesischen Führung sehr schlecht wahrgenommen. Minister Wei sagte bei der Konferenz in Moskau, dass „die chinesische Seite kategorisch gegen das Gesetz über Kontakte mit Taiwan ist, das von der US-Seite unterzeichnet wurde, was eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas darstellt und den Frieden und die Stabilität in der Taiwan-Straße untergräbt“. Die chinesische Zeitung „Global Times“ schrieb, dass Peking gar einen Gegenschlag versetzen könnte:

„China kann die USA in anderen Bereichen der bilateralen Kooperation unter Druck setzen, beispielsweise bei Fragen der Koreanischen Halbinsel, zum iranischen Atom-Problem. China kann auch in internationalen Organisationen wie der Uno gegen die USA auftreten. Der Kontinent sollte sich auf direkte bewaffnete Zusammenstöße in der Taiwan-Straße vorbereiten. Man muss eindeutig zu verstehen geben, dass die Aktivierung der offiziellen Austausche zwischen den USA und Taiwan ernsthafte Folgen für Taiwan nach sich ziehen wird.“

Es ist klar, dass es nicht zum Krieg um Taiwan kommen wird – Peking wird die Insel friedlich zurückbekommen, wie es schon mit Hongkong war. Die provokativen Handlungen der USA werden nur dazu führen, dass das russisch-chinesische globale strategische Zusammenwirken noch enger wird.

Nach dem Versuch der Atlantiker 2014, Russland zu isolieren, schien es, dass sie nichts Besseres für die Festigung der russisch-chinesischen Beziehungen machen können. Doch wie die jetzigen Ereignisse zeigen, gibt es keine Höhen, die die unvernünftigen geopolitischen Akteure nicht erreichen können. Doch vernünftige US-Strategen sagten Obama sowie Trump, Russland nicht in die Arme Chinas zu treiben und umgekehrt, also die russisch-chinesische Freundschaft nicht zu zementieren. Mit solchen Helfern wird es für Moskau und Peking immer schwieriger sein, diesen Begriff für die Beschreibung der bilateralen Beziehungen zu vermeiden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32021/59/320215977.jpg>

Lug-info.com: „Heute haben die ukrainischen Truppen ein weiteres Mal den „Osterwaffenstillstand“ verletzt und um 15:00 Uhr 13 Mörsergeschosse mit 82mm-Mörsern aus Richtung Troizkoje in Richtung **Kalinowo** abgefeuert“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

de.sputniknews.com: Terrormilizen bereiten Provokationen mit C-Waffen in Syrien vor. Die illegalen bewaffneten Gruppen im Süden Syriens bereiten eine Reihe von Provokationen vor, darunter auch mit dem Einsatz von C-Waffen. Dies teilte der Leiter des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Juri Jewtuschenko, am Freitag mit. „Nach Angaben von Kämpfern der Terrorvereinigung ‚Jaisch Ahrar al-Aschair‘, die auf die Seite der Regierung übergetreten sind, bereiten die Milizen im Süden Syriens eine Reihe von Provokationen vor, darunter auch mit dem Einsatz von Giftgas“, so Jewtuschenko. Ihm zufolge ist von den Anführern der Terrorgruppierungen „Dschabhat an-Nusra“ und „Freie syrische Armee“, die miteinander kooperieren, eine Sprengung von handwerklich hergestellter Chemiewaffenmunition mit Chlor in einer Reihe von Ortschaften geplant, die von diesen Gruppierungen kontrolliert werden, einschließlich des Bezirks Al-Balad der Stadt Derya. Jewtuschenko betonte, dass die Milizen vorhätten, die Folgen des angeblichen Einsatzes von chemischen Giftstoffen auf Videokameras aufzunehmen, um dies der Öffentlichkeit vorzustellen und den Regierungskräften die Vernichtung von friedlichen Einwohnern vorzuwerfen, um die eigenen Handlungen zur Unterminierung der Waffenruhe in der Provinz Derya zu rechtfertigen.

Lug-info.com: „Die ukrainischen Truppen haben wieder den „Osterwaffenstillstand“ verletzt und um 16:45 Uhr aus Richtung Luganskoje das Gebiet von **Kalinowka** beschossen. Es wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

### **Abends:**

de.sputniknews.com: Ukraine überhäuft mit ungenießbaren Lebensmitteln aus Europa. Nach der Aufhebung der verbindlichen Zertifizierung von Nahrungsmitteln im Jahr 2015 und der Eröffnung eines Marktes für Waren aus der EU haben europäische Länder begonnen, vermehrt falsch deklarierte Lebensmittel in die Ukraine zu liefern. Dies meldet das Portal golos.ua am Freitag.

„In jedem polnischen Käse haben wir Fette nicht tierischer Herkunft gefunden (...) Nachdem

wir die Grenzen geöffnet hatten und die verbindliche Zertifizierung von Lebensmitteln aufgehoben wurde, begann nach meiner Überzeugung eine Flut von gefälschten Produkten in unser Land“, sagte Maxim Gontschar, Leiter einer ukrainischen Organisation für die Verteidigung der Konsumentenrechte.

Ihm zufolge wird beispielsweise in Kindergärten Butter mit unsicheren Zusatzstoffen geliefert. Außerdem gebe es in den Lebensmittelgeschäften eine Menge abgelaufener Produkte. „Zum Allerwichtigsten ist der Preis geworden. Das Geld wird an der Gesundheit unserer Kinder verdient“, betonte er.

Die Situation könnte sich laut Gontschar nach dem Inkrafttreten eines Gesetzes verbessern, das die Einführung eines neuen Systems zur Qualitätskontrolle und Sicherheit von Lebensmitteln billigt.

Im Januar 2018 hatte die russische Lebensmittelaufsichtsbehörde „Rosselchhosnadsor“ gemeldet, dass bis zu einem Viertel aller käseähnlichen Produkte auf dem russischen Markt ukrainischer Herkunft sein könnten. Nach Angaben der Behörde werden diese Produkte über Weißrussland als Waren aus Mazedonien, dem Iran und anderen Ländern wieder ausgeführt.

de.sputniknews.com: Putin ordnet effektiveren Schutz äußerer Grenzen an.

Die Grenze bleibt laut Präsident Wladimir Putin ein wichtiges Attribut der Staatlichkeit und ist daher effektiv zu schützen. „Dabei sollen gegenwärtige Bedrohungen mit berücksichtigt werden“, erklärte der Staatschef am Freitag in einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates. „Unsere Handlungen und unsere Pläne in diesem Bereich sollen ausgewogen und effektiv sein, den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen sowie den Aufgaben der nationalen Entwicklung gerecht werden“, betonte Putin.

Ihm zufolge wurden die gültigen Grundlagen der Grenzpolitik 1996 angenommen. Es liege klar auf der Hand, dass diese Normen angesichts der sich ändernden Situation in der Welt und der „kardinal gestiegenen Möglichkeiten Russlands“ weitgehend aktualisiert werden sollten. „Die Grenztruppen sind zu 80 Prozent mit Waffen und Technik ausgestattet. Der Anteil moderner Technik wuchs von zehn Prozent 2003 auf 54 Prozent im vergangenen Jahr“, sagte Putin.

Die Sitzung zu Problemen der Sicherheit Russlands und der Festigung der Staatsgrenze war zuvor vom Kreml angekündigt worden. Sie hängt aber nicht mit der jüngsten Aufbringung des russischen Schiffes „Nord“ durch ukrainische Grenzer zusammen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32021/97/320219792.jpg>

Lug-info.com: Vertreter des Staates und der Öffentlichkeit der LVR haben am 4. Jahrestag der Einnahme der SBU-Gebäudes im Lugansker Oblast durch das Volk eine Gedenkaktion am Denkmal „Sie verteidigten die Heimat“ auf dem Platz der Völkerfreundschaft in Lugansk

durchgeführt.

An der Veranstaltung nahmen Vertreter der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ und der „Lugansker ökonomischen Union“, der Gewerkschaftsföderation der LVR sowie Aktivisten von Jugendorganisationen teil.

Im Lauf der Aktion ehrten die Anwesenden mit einer Schweigeminute das Andenken der für die Freiheit der Republik Gefallenen und legten am Fuß des Denkmals Blumen nieder....

de.sputniknews.com: London verweigert Skripals Nichte Einreisevisum – Moskau empört. Die britischen Behörden haben Viktoria Skripal – Nichte des in Salisbury vergifteten Ex-Doppelagenten Sergej Skripal – das Einreisevisum verweigert. Das berichtete der BBC-Sender am Freitag unter Berufung auf eine Quelle in der Regierung in London.

„Es entsteht der Eindruck, dass der russische Staat Viktoria als Marionette nutzen will“, sagte ein Regierungsvertreter.

Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, äußerte sich empört über die Weigerung Londons, Viktoria Skripal – Cousine von Sergej Skripals Tochter Julia – die Einreise ins Land zu verweigern. „Das ist abscheulich“, sagte sie in Moskau. Viktoria hatte zuvor in einem Interview des TV-Senders Sky News Zweifel daran geäußert, dass London ihr ein Visum erteilen wird. „Allem Anschein nach haben die Briten etwas, was sie verheimlichen wollen.“ Dem russischen TV-Sender sagte Viktoria, sie möchte nach Großbritannien fliegen, um Julia nach Hause zu holen.

Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März im südenglischen Salisbury auf einer Parkbank bewusstlos aufgefunden worden. London wirft Moskau vor, die beiden mit dem Nervengift A234, das in Großbritannien als Nowitschok bekannt ist, vergiftet zu haben. Russland weist alle Vorwürfe vehement zurück und fordert eine unabhängige Aufklärung.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31785/72/317857230.jpg>

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Abend:

18:45 Uhr – es wurde ein Mörserbeschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Nowoluganskoje auf **Dolomitnoje** mit 82mm-Mörsern festgestellt. Insgesamt wurden zwei Geschosse abgefeuert. Es werden auch Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

19:00 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Marjinka auf **Trudowskije** mit Granatwerfern und Schusswaffen eröffnet. Für 19:30 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

19:15 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Mörserfeuer aus Richtung Schirokino auf

**Sachanka** mit 82mm-Mörsern eröffnet. Insgesamt wurden 9 Geschosse abgefeuert. Für 19:45 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

19:40 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowoluganskoje auf **Dolomitnoje** eröffnet, es wurden 3 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. Für 20:10 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

19:45 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** eröffnet, es wurden 4 Granaten und 3 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert, außerdem werden Schusswaffen verwendet. Für 20:15 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

de.sputniknews.com: US-Diplomaten sagen bye-bye – und Botschafter steht ohne Dolmetscher da.

Am frühen Donnerstagmorgen haben 60 US-amerikanische Diplomaten und ihre Familien Russland verlassen. Sie waren zuvor als Antwort auf die Ausweiskampagne Washingtons gegen russische Diplomaten des Landes verwiesen worden. Wie die Zeitung „Kommersant“ berichtet, hat es auch die Dolmetscher und das politische Personal der Mission getroffen. Um vier Uhr morgens fuhren Busse vor der US-Botschaft in Moskau vor. Zweieinhalb Stunden später verließen die Diplomaten darin das Gebäude. Für ihre Ausreise aus Russland soll eine Sondermaschine gechartert worden sein.

Der Zeitung zufolge waren unter den ausgewiesenen Diplomaten auch der persönliche Dolmetscher des Botschafters Jon Huntsman und der Pressesprecher der Mission. Eine dem US-Außenministerium nahestehende Quelle soll den Beschluss Moskaus „ungerecht“ genannt haben. Quellen in den russischen Behörden haben gegenüber dem Blatt jedoch versichert, dass alle des Landes verwiesenen Diplomaten „in Wirklichkeit bei der CIA, der NSA und der Aufklärungsbehörde des US-Verteidigungsministeriums gearbeitet haben“.

Wie das Blatt ferner schreibt, soll auch die gesamte politische Abteilung der diplomatischen Mission, einschließlich ihres Leiters Chris Robinson, Russland verlassen haben. Laut der Webseite der Botschaft „befasst sich die politische Abteilung mit der Benachrichtigung der russischen Regierung über die US-Position in Fragen der Außenpolitik und Sicherheit und informiert Washington über die Grundlinien der Außen- und Verteidigungspolitik Russlands“. Darüber hinaus soll das politische Personal wichtige Ereignisse und Richtungen des russischen innenpolitischen Lebens analysieren und deren Einfluss auf die russisch-amerikanischen Beziehungen bewerten. Dazu zählen Themen wie Wahlen, die Arbeit der politischen Parteien, die Beziehungen zwischen dem Machtzentrum und den einzelnen Regionen, die Medien-Lage sowie die Einhaltung der Menschenrechte. Die Abteilung ist laut der Webseite in drei Gruppen gegliedert, die für Fragen der Außenpolitik, militärisch-politische Fragen und Fragen der Innenpolitik zuständig sind.

Am 29. März wurde der Beschluss der russischen Regierung bekannt, 60 US-Diplomaten auszuweisen und das US-Konsulat in St. Petersburg zu schließen.

Zuvor hatten die USA 48 russische Diplomaten und zwölf russische Mitarbeiter von UN-Einrichtungen des Landes verwiesen und das russische Konsulat in Seattle geschlossen – als Reaktion auf die Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien, für die Premierministerin Theresa May Russland verantwortlich macht.